

WERKSTATTBERICHT



Nr. 10 / 03.04.2022

Mahn- und Gedenkstunde am Gräberfeld der Herner Märzgefallenen am 26.03.2022

Erinnerung an den Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920

Für Frieden und Abrüstung in Europa und der Welt!

Ansprache von Peter Holtgreve (IGBCE) / Vorsitzender DGB-Stadtverband Herne

Seit 22 Jahren treffen wir uns hier an dieser, von den Herner Gewerkschaften gestifteten, Grabstelle der Märzgefallenen von 1920 um an die opferreiche Geschichte der Herner Arbeiterbewegung zu erinnern. Dabei sticht der Generalstreik und die Märzrevolution im Frühjahr 1920 besonders heraus. Aber wir wissen:

Bereits vorher und in den Jahren danach war der Weg unserer Vorkämpferinnen und Vorkämpfer mit Leichen und Krüppeln gepflastert. Den größten Blutzoll, im Kampf für ein besseres Leben, für Frieden und Freiheit mussten die Bergarbeiter und ihre Familien erbringen. Vier von ihnen, die im Frühjahr 1920 ermordet wurden, sind hier bestattet.



Wenn wir an Gustav Sotter, Gustav Breuning, Rochus Steinert und Franz Winkel erinnern, dann sind wir uns bewusst: Sie stehen stellvertretend für eine Vielzahl von Herner und Wanne-Eickeler Arbeitern, die im Kampf für unsere Ideale ihr, oftmals junges Leben lassen mussten.

Das gilt insbesondere für die Jahre des Faschismus von 1933 bis 1945. Auch in dieser Zeit trugen die Arbeiter und ihre Familien die Hauptlast des Widerstandes gegen die Nazi-Barbarei.

DGB begrüßt Lern- und Gedenkort im ehemaligen Polizeigefängnis

In diesem Zusammenhang begrüßen wir es ausdrücklich, dass im ehemaligen Polizeigefängnis am Rathausplatz ein ständiger Lern- und Gedenkort eingerichtet werden soll. Von hier gingen viele unserer Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten, ganz überwiegend Bergleute, auf den Transport in die Konzentrationslager und Zuchthäuser der Nazis. Viele wurden gequält und gefoltert, gingen dort elend zu Grunde oder wurden von ihren Peinigern ermordet. Wie die Märzgefallenen von 1920 und alle weiteren, ungezählten Opfer der Herner und Wanne-Eickeler Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sind sie untrennbarer Teil unserer Geschichte und Identität.

Die Erinnerung an diese Menschen und ihren Kampf muss am Leben gehalten und der Jugend vermittelt werden, damit sich die Tragödien der Vergangenheit nicht wiederholen.

Die Notwendigkeit liegt auf der Hand. Mit der AfD sitzen Nazis wieder in allen Parlamenten. Rassistische Angriffe und Gewaltakte von Neonazis sind keine Ausnahme mehr.



Kampf für Frieden und gegen gigantische Hochrüstung erlangt neue Bedeutung

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine führt uns vor Augen, dass auch der Kampf um den Frieden und für Völkerfreundschaft neue Bedeutung erlangt. Die Antwort darauf kann aber, aus Sicht des Herner DGB, nicht in gigantischen Aufrüstungsprogrammen liegen, sondern nur im



Respektieren gegenseitiger Sicherheitsinteressen, in Verhandlungen und kluger Diplomatie.

Und ich sage das hier ganz deutlich: Die Herner Gewerkschaften lassen sich in das aktuelle Kriegsgeheul und den gegenseitigen Propagandakrieg nicht einspannen! Wir verurteilen den russischen Angriff auf die Ukraine genauso, wie wir 1999 den Angriffskrieg der NATO auf Jugoslawien und alle anderen Kriege,

verurteilt haben. Krieg und Hochrüstung waren und sind abzulehnen, - ob in der Ukraine, in Afghanistan, in Syrien, in Libyen oder im Irak!

Es sind immer die einfachen Menschen, es ist immer das Volk, das in den Kriegen der Oligarchen und Eliten verheizt wird. Ganz gleich, ob wir nach Ost, West, Nord oder in den Süden der Welt blicken. Es ist doch bezeichnend, dass jene Politiker, die sich nicht zu einer Reichen- und Vermögenssteuer durchringen konnten, jetzt in einer ganz großen

Koalition, Milliarden für die Hochrüstung locker machen konnten. Und wir haben schon eine Ahnung, wer das Geld aufbringen soll und wer das bezahlen soll. Was uns hier in Herne angeht, will ich deutlich sagen:

Das werden wir nicht einfach schlucken! Dem werden wir uns widersetzen!

Erinnern und Gedenken an die Opfer zurückliegender Klassenkämpfe, der Kämpfe zwischen oben und unten, macht nur Sinn, wenn wir die Lehren der Geschichte auch beherzigen.

Deshalb sagen wir und schreiben es, Jahr für Jahr, auf unsere Kranzschleifen:

NIE WIEDER KRIEG! --- NIE WIEDER FASCHISMUS! Und ich füge heute hinzu:

Nein zu Rüstungswahnsinn und Militarismus! - Für Frieden und Völkerverständigung!



Ansprache von Prof. Dr. Gregor Büchel / DGB-Geschichtswerkstatt Herne

1. Der Putsch

Am 13. März 1920 putschten Teile der regulären Reichswehr und „Freikorps“ gegen die Weimarer Republik. Zu den „Freikorps“ gehörten Truppen, die kurz vor dem Putschdatum aus dem Baltikum zurückkehrten, wo sie vorher wie auch in der Ukraine seit November 1918 im Auftrag der Ebert Regierung und mit Tolerierung der West Alliierten Krieg gegen die Oktoberrevolution führten.

Die Putschisten marschierten in Berlin ein und

- forderten die Auflösung des Parlaments (Weimarer Nationalversammlung)
- und planten die Verhaftung des Reichspräsidenten F. Ebert und der Reichsregierung.

2. Wer waren die Anführer des Putsches?

a) General Lüttwitz: Er war die Spinne im Spinnennetz der Konterrevolution: Er war bereits mit dem Segen von Hindenburgs Kommandeurstagung Ende November 1918 in Kassel von F. Ebert Anfang Dezember 1918 nach Berlin zur Unterdrückung der Arbeiter- und Soldatenräte berufen

worden.

Er wurde Oberbefehlshaber aller konterrevolutionären Divisionen des Heeres im Dezember 1918 und Januar 1919 in Berlin. Lüttwitz stand zusammen mit Noske ganz oben in der militärischen Befehlskette, als sein Untergebener, der Offizier Waldemar Pabst ihm telefonisch in der Nacht vom 15.1. auf den 16.1.1919 die



Verhaftung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meldete. Die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg fand mit Einbeziehung des Oberbefehlshabers Lüttwitz statt.

b) Wolfgang Kapp: Er war der Leiter der Ostpreußischen Generallandschaftsdirektion, die insbesondere die Aufgabe hatte, die ostpreußischen Junker mit günstigen Krediten zu versorgen. Er trat während und nach dem 1. Weltkrieg als übelster Militarist auf:

- er forderte nachdrücklich die dauerhafte Eingliederung Belgiens, das 1914 unter Bruch des Völkerrechts überfallen wurde, ins Deutsche Reich.
- er trat als Agitator für den uneingeschränkten U Boot Krieg auf.

- er war Verfechter der Dolchstoßlegende.
- er war Antisemit und
- forderte, dass mit der Weimarer Republik so umgegangen werden sollte, wie es mit der Ungarischen Räterepublik (21.3.1919 – 1.8.1919) 1919 geschehen war: Unter Führung des Diktators Admiral Horthy ermordeten konterrevolutionäre Truppen mehr als 5000 Personen.

Diese Sympathie von Kapp für die Konterrevolution in Ungarn unter Horthy erklärt, warum im Aufruf zum Generalstreik für Wanne und Röhlinghausen vom 14.3.1920 steht, dass es den Putschisten in Berlin darum geht, „eine Regierung nach ungarischem Muster zu bilden“.

3. Der Generalstreik

Am 13.3.20 rufen zur Abwehr des Putsches die USPD, die SPD und die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Die KPD schließt sich am 14.3. dem Aufruf an, einige Bezirke der KPD unterstützen bereits seit dem 13.3. den Streik. Streikzentren waren Berlin, norddeutsche Hafenstädte, Mitteldeutschland, Mecklenburg und v.a. das Ruhrgebiet.

Am 15.3.1920 befanden sich über 12 Millionen Arbeiter*innen und Angestellte im Streik.

Am Samstag, den 13.3. wurde in Wanne ein Aktionsausschuss aus KPD, SPD und USPD vorbereitet, der am 14.3. einen Aufruf veröffentlichte, der neben dem Aufruf zum Generalstreik am 15.3. folgende weitergehende Forderungen zur Übernahme der politischen Macht in der Gemeinde enthält:

- Die Polizei und die Gemeindeverwaltung werden dem Aktionsausschuss unterstellt. Hierzu werden der Polizei 15 – 20 zuverlässige Genossen der sozialistischen Parteien zugeordnet.
- „Die bürgerliche Presse wird bis auf weiteres der Zensur des Aktionsausschusses unterstellt.“

Im Laufe des Generalstreiks wurde eine Reihe von zentralen Forderungen aufgestellt, die zu einem großen Teil auf Beschlüsse der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte vom Dezember 1918 zurückgreifen, dazu gehörten:

- a) Vergesellschaftung des Kohlebergbaus
- b) Bildung einer Arbeiterregierung
- c) Bestrafung der Putschisten
- d) Umfassende Sozialreformen
- e) Bildung republikanischer Sicherheitswehren
- f) Rücktritt von Reichswehrminister Noske
- g) Enteignung des Großgrundbesitzes
- h) Demokratisierung der Verwaltung



4. Die Rote Ruhrarmee

Am 15.3.1920 finden erste bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Reichswehrinheiten, die den Kapp-Lüttwitz Putsch unterstützen statt: Bei Wetter an der Ruhr operierte das sog. „Freikorps Lichtschlag“, das unter dem Kommando des VII. Armee-Korps der Reichswehr unter der Führung von Generalleutnant von Watter stand. Dieses Freikorps hatte bereits in den Monaten Februar bis April 1919 eine Reihe von Arbeitern in Dorsten, Bottrop und

im Kreis Mettmann ermordet. Daher wurde es von Ruhrarbeiter*innen auch als „Freikorps Totschlag“ bezeichnet. Am 15.3. ging die Auseinandersetzung zu Gunsten der bewaffneten Arbeiter aus dem Raum Dortmund und Hagen aus.

Arbeiterwehren aus immer mehr Städten des Ruhrgebiets schließen sich zur Roten Ruhrarmee (RRA) zusammen. Die RRA ist der bewaffnete Arm der streikenden Arbeiter*innen und Angestellten.

- Am 19.3. erobert die RRA Essen, dann Mülheim/Ruhr, Oberhausen und Duisburg.
- Bis zum 22.3. drängt die RRA die Reichswehr bis nach Dinslaken zurück.
- Auf dem Höhepunkt ihrer Aktionstätigkeit hat die RRA bis zu 100.000 Kämpfer*innen vereint.

5. Ende des Putsches

Der Generalstreik zwingt am 18.3. die Putschisten in Berlin zum Rücktritt. Präsident Ebert und sein Kabinett kehren nach Berlin zurück.

Die SPD Regierung verlangt den Abbruch des Streiks, doch die streikenden Arbeiter*innen geben sich damit nicht zufrieden: Sie wollen, dass die konterrevolutionären militärischen



und bürokratischen Apparate zerschlagen werden.

- Noske tritt am 20.3. zurück.
- Am 20.3. ruft das vom ADGB geführte Streikkomitee zum Abbruch des Generalstreiks auf. Ein Teil der Arbeiterklasse beendet den Generalstreik, ein anderer Teil nicht.
- Am konsequentesten wird der Generalstreik im Ruhrgebiet fortgesetzt.
- Am 23.3. tritt die Bielefelder Konferenz unter der Regie von Carl Severing (SPD, Reichskommissar für das Ruhrgebiet) zusammen: Die daraus resultierende Waffenstillstandsvereinbarung führte zu einer Spaltung der Aktionsausschüsse im Ruhrgebiet.
- Am 25.3. treffen in Essen die Aktionsausschüsse zusammen, die den Kampf fortsetzen wollen. Sie wählen einen Zentralrat, der aus 10 USPD-, 7 KPD-Mitgliedern und 1 SPD-Mitglied besteht.
- Am 27.3. beginnt die Reichswehr unter Führung des Generals von Watter mit dem Vormarsch auf das Ruhrgebiet. Dabei werden Truppenteile eingesetzt, die zuvor den Kapp-Lüttwitz Putsch unterstützt haben.

Am 29./30.3. kommt es in Wanne, Eickel und Röhlinghausen zu einem Generalstreik, der sich gegen das Ultimatum des Generals von Watter richtet. Daraufhin finden am 31.3. in Münster erneute Waffenstillstandsverhandlungen statt: Die RRA soll ihre Waffen bis zum 2.4. niederlegen und sich auflösen, dafür sollte die Reichswehr ihren Vormarsch auf das Ruhrgebiet einstellen. Am 2.4. um 12 Uhr gaben die Kämpfer der RRA Wanne ihre Waffen vor dem Rathaus in Wanne ab .

6. Die Opfer

Am 3.4. marschiert die Reichswehr in Wanne, Eickel und Herne ein. Sie hält sich nicht an die Waffenstillstandsvereinbarungen: Es kommt zu Verhaftungen, Misshandlungen und Morden: Insgesamt sind mehr als 1000 Tote zu beklagen. Viele sind namentlich nicht [mehr] bekannt. Hier auf dem Wiescher Friedhof in Herne sind es die ermordeten Gustav Sotter (19 Jahre), Gustav Breuning (19 Jahre), Rochus Steinert (35 Jahre), Franz Winkel (Alter nicht bekannt). In Wanne/Eickel wurden Wilhelmine Pornoska und Josef Bischoff ermordet (Ort der Bestattung unbekannt).

Die Täter dieser durch die Reichswehr verübten Morde wurden nie zur Rechenschaft gezogen.

7. Drei Anmerkungen zur aktuellen Situation im Zusammenhang mit dieser Erinnerungsveranstaltung

Seit dem 24.2.2022 dauert der Krieg, mit dem Putin im Namen der russischen Föderation die Ukraine überfiel, an. Schon jetzt hat der Krieg Tausende Opfer gefordert. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Putin trägt die volle Verantwortung für die Toten und die Menschen auf der Flucht. (Für weitere Einschätzungen möchte ich auf den Appell „HET ВОЙНЕ - Nein zum Krieg!“ hinweisen (<https://derappell.de/der-appell.pdf>)).

Die Betroffenheit über diesen schrecklichen Krieg darf uns aber nicht entheben, einen kritischen Blick auf die Politik in Deutschland zu werfen.

Erste Anmerkung: Zum Begriff „Zeitenwende“:

Der Begriff „Zeitenwende“ wurde in der Bundestagssitzung am 27.2.2022 zur Legitimation des 100 Mrd. EUR Hochrüstungsprogramm der Bundeswehr eingeführt. Es ist das größte Rüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik.

Der Begriff „Zeitenwende“ zielt darauf ab, alles vergessen zu machen, was die Völker in den letzten 50 Jahren in ihren Kämpfen für Frieden und Demokratie in Europa erfahren haben. Beispiele für diese Kämpfe sind:

- Die Entspannungspolitik der Regierung Brandt, die Anfang der 1970iger mit vielen Demonstrationen durchgesetzt wurde. Hierzu gehörte die Anerkennung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße durch die Bundesregierung.
- Die Beseitigung der Militärdiktaturen in den NATO Ländern Portugal (Nelkenrevolution) und Griechenland durch Massenaktionen 1974. Beide Militärdiktaturen wurden von der NATO toleriert.
- Die Beseitigung der Franco-Diktatur in Spanien 1976. Die USA hatte einen engen Militärpakt mit der Franco-Regierung 1953 geschlossen, der es ihr gestattete u.a. Atombomber auf dem Luftwaffenstützpunkt Rota bei Cadiz zu stationieren.
- Die 1973 in Helsinki zusammengetretene Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die auf Initiative der Warschauer Vertragsstaaten, blockfreier Staaten in Europa und schließlich auch der NATO-Staaten zusammenkam.
- Die Friedensbewegung in Ost und West in den 1980iger Jahren, die zum INF-Vertrag und der Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa führte. Das war die Antwort auf den NATO-Doppelbeschluss.

Das sind mit Ausnahme der KSZE Beispiele von Friedensaktivitäten, die teilweise ohne die NATO und teilweise aber auch gegen die NATO auf den Weg gebracht wurden.

Der Begriff „Zeitenwende“, so wie ihn die Bundesregierung und die CDU/CSU propagieren, zielt auf Geschichtsvergessenheit.

Mit dem Begriff „Zeitenwende“ soll suggeriert werden, dass das künftige Heil Europas in der NATO liegt. – Dieses lehne ich ab.

Zweite Anmerkung: Es gibt Friedensfeinde im eigenen Land.

Die Rüstungsindustrie stellt immer ein Friedensrisiko dar. Wenn politische Zustände der Rüstungsindustrie Sonderprofite versprechen, dann wird das Friedensrisiko zu einer Friedensgefahr. Karl Liebknecht hat dieses Problem in einem Flugblatt der Gruppe Internationale (später: Spartakus Bund) im Mai 1915 benannt: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Ein Beispiel für aktuelle Sonderprofite der Rüstungsindustrie: Die Firma Rheinmetall: Stand der Aktienkurs der Rheinmetall AG Ende 2021 bei etwa 79 EUR/Aktie, so steht er am 25.3.2022 auf 201,50 EUR. Wir haben also eine Kursentwicklung von 255 Prozent. Dieses ist die unmittelbare Seite des Kapitalismus auf der Jagd nach Höchstprofiten.

Jean Jaurés, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Frankreichs, der am 31.7.1914 kurz vor dem Überfall des Deutschen Reiches auf Belgien und Frankreich von einem französischen Nationalisten in Paris ermordet wurde, prägte den Satz: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen“.

Dritte Anmerkung: Ein Appell zur Differenzierung:

Zu unterscheiden sind die Interessen einfacher Menschen und die Interessen von Staaten: Die einfachen Menschen in Russland und in der Ukraine sind nicht gefragt worden, ob sie diesen Krieg führen wollen. Kriege, wie der aktuelle aggressive Überfall der russischen Regierung auf die Ukraine, erfolgen aus imperialen und wirtschaftlichen Interessen. Hierzu gehört ein Vers von 1916: „Der Krieg ist für die Reichen, das Volk bezahlt mit Leichen“.

Zu unterscheiden ist die Zuordnung von Menschenrechten, die von unseren Fernsehmedien (z.B. ARD und ZDF) einer bestimmten Gruppe von Kriegsbeteiligten zugeschrieben werden und die tatsächliche Möglichkeit, Menschenrechte wahrzunehmen: Unsere Fernsehberichterstatter*innen berichten von regulären ukrainischen Truppen und „Freiwilligenverbänden“, dass diese für „die Freiheit“ der Ukraine kämpfen. Es wird bei Gelegenheit berichtet, dass ukrainische Männer im Alter zwischen 20 und 60 nicht aus der Ukraine ausreisen dürfen. Es wird in der Regel nicht berichtet, dass diesen Männern in der Ukraine und allen Wehrpflichtigen in Russland das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verweigert wird. – Ich bitte um Unterstützung des Appells an die Regierungen Russlands und der Ukraine das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu gewähren!

